

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.  
Verlags- und Druckerei: 25 241.  
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auslieferung, durch die Post bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich 7,75 M., vierteljährlich 22,50 M.  
Die einpaulige 77 mm breite Zeile 2,50 M. (mit Familienangehörigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsangeboten, 1-paulige An- u. Verträge 25 %). Vorzugsplätze laut Tarif. Ausland: halbjährlich 12 M., vierteljährlich 7 M. Einzelhefte 20 Pf.

Schriftleitung und Kompositoren:  
Wartenstraße 33/40.  
Druck u. Verlag von Neumann, Neudamm in Dresden.  
Polisch-Artia 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unpersönliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Der Reparationszwiespalt in der Entente.

### Poincaré, der Mann des Augenblicks.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Paris, 1. Dez. Die Blätter erklären, daß in dem Augenblick, wo Briand aus Washington zurückkehrt, die Lage von Spannung und gegenseitiger Feindseligkeit in der Welt, die man gerade durch die Konferenz verbessern wollte, schlimmer als je ist. Trotz aller schönen Worte steht Frankreich auf dem Punkte, sowohl mit England als mit Italien in Unfrieden zu geraten. Die internationale Lage ist gefährlicher und unsicherer, als zu der Zeit, wo Briand sich nach Washington begab, und sobald er zurückkommt, erfordern die Verhältnisse in der Entente dringend Regelung und Besserung. Briands politische Freunde greifen ihn heftig an und haben mitgeteilt, daß sie ihn sofort nach seiner Rückkehr auf neue Interpellationen würden, da die Dinge in Washington seinen besseren Bekanntheit und die Konferenz, von der die Welt so viel erhoffte, die Ueberzeugung vom französischen Imperialismus nicht austreten konnte, und so wird er nach seiner Rückkehr einen harten Stand haben. Man urteilt, daß allein Poincaré der Mann des Augenblicks sein würde.

### Niedergeschlagenheit in Paris.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Paris, 1. Dez. Die Kommentare der Pariser Abendblätter sind stark resigniert. Der „Temps“ enthält sich jeder eigenen Meinungsäußerung. Der „Intransigeant“ meint, anknüpfend an englische Besessenen, die der Hoffnung Ausdruck geben, daß Frankreich keine Zustimmung zu den Sanierungsplänen geben werde, man werde in Frankreich sich das überlegen. Man könne von ihm nicht verlangen, daß es sein Guthaben verkaufen lassen soll, ohne gleichwertige Kompensationen zu erhalten. Auf der andern Seite müsse sich Frankreich allerdings sagen, daß die Reparationskommission mit einwärtiger Stimmenmehrheit entscheiden, ein entsprechender Beschluß auch über seinen Kopf hinweg gemacht werden könne. Die „Liberté“ sieht das Wortariat bereits als ein fait accompli an. Zum drittenmal seit Jahresfrist händen die Reparationen auf dem Spiel und jedesmal sei Frankreich aus den Verhandlungen dieser Art mit einer Verfassung seiner Ansprache herausgekommen. Man müsse aber der Frage, welche sich heute darbiete, ins Gesicht sehen. Das schließt sich dabei, daß der Gedanke einer teilweisen Modifizierung der deutschen Schuld, auf die das französische Parlament gerechnet habe, endgültig unausführbar werde.

### Der „Temps“ gegen finanzielle Mißbräuche in Deutschland.

Paris, 1. Dez. Der „Temps“ erklärt: Bei Ausschub der deutschen Zahlungen müßte Frankreich durch eine Kreditoperation Erlös für den Ausfall geboten werden. Im übrigen sei zu beachten, daß die Sanierung der deutschen Finanzen nicht allein durch ein Wortariat erzielt werden könnte. Vor allem müßten gewisse finanzielle Mißbräuche in Deutschland abgestellt werden. Der Londoner Korrespondent des „Times“ erklärte, in England unterhalte man eine Reihe von Maßnahmen, um die Reparationsleistungen in Natura aufrecht zu erhalten.

### Amerika und die Stabilisierung der Valuta.

New York, 30. Nov. Der „Evening World“ zufolge hat Amerika beschlossen, sich den europäischen Mächten in ihren Bemühungen zur Stabilisierung der Valuta anzuschließen. Die Vereinigten Staaten werden sich damit einverstanden erklären, in einer internationalen Sachverständigen-Kommission vertreten zu sein, die gemeinsam mit der Reparations-Kommission Beschlüsse fassen soll. Diese Konferenz ist für den Monat Dezember vorgesehen. Die amerikanischen Sachverständigen werden jedoch nur beratende Stimme haben und keinen der Vereinigten Staaten bindenden Vorschlag ausstellen. (Mitt. Tel.)

### Die alliierten Schulden in Amerika.

New York, 30. Nov. In einer Rede, die der frühere Präsident der National-Credit-Bank, Banderlip, über die Frage der alliierten Schulden Amerika gegenüber hielt, machte er folgende Vorschläge: 1. Die Alliierten erkennen moralisch und gesetzlich die Rechtmäßigkeit ihrer Schulden an. 2. Die Vereinigten Staaten müßten erklären, ob sie bereit seien, die Verzinsung zu verlängern. 3. Jeder Dollar, den Amerika empfängt, müßte zur Wiederherstellung der europäischen Zivilisation und des Handels verwendet werden. Anlässlich einer Frage, die dem Präsidenten Harding bezüglich dieser Vorschläge gestellt wurde, antwortete er, daß die Vereinigten Staaten im Augenblick diese Frage nicht zur Diskussion stellen würden. (Mitt. Tel.)

### Konferenz der Ententebankiers.

New York, 30. Nov. Die Federal Reserve Bank wird wahrscheinlich unmittelbare beratende Teilnehmer an einer Konferenz von Bankiers der Entente entsenden, die in Paris oder in London die Frage erörtern wird, wie die im Zusammenhang mit den deutschen Reparationszahlungen stehenden Valutastrukturen zu verbessern sind. Amerika wurde von den Entente-Bankiers eingeladen, sich an der Konferenz zu beteiligen. (W. T. B.)

### Sittens schweigt weiter.

Berlin, 1. Dez. Zu den gestern Verhandlungen über die Präzisierung des Reichsvertrages der deutschen Industrie erklärte der Reichsverband, daß das Präzidium sich mit der Frage der im Ausland aufzunehmenden Kredite und mit den vom Reichsverband für Ausbringung dieser Kredite geforderten Voraussetzungen überhaupt nicht befaßt hat. Insbesondere hat auch Herr Sittens über seinen Aufenthalt in London mit keinem Wort gesprochen. Die Tagung des Präzidiums hat vielmehr der Kreditgattung laufender Geschäfte gegolten. Der Ausschuss der Kreditlinie des Reichsverbandes hat sich gemäß der vom Reichskanzler ihm übermittelten Wünsche mit der Wahl von Kommissionen beschäftigt.

### Braun und Radbruch vor sozialistischen Parteifunktionären.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung).  
Berlin, 1. Dez. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun und Reichsjustizminister Dr. Radbruch sprachen gestern vor den Funktionären der sozialdemokratischen Partei, erörterte über die Aufgaben der sozialdemokratischen Partei in der Regierung und der Reichsjustizminister über die Amnestie im Hungerkrieg. Braun sagte u. a.: Wohl wäre es noch nicht möglich gewesen, die politische Macht für die Sozialdemokratie voll und ganz zu erringen, aber es sei doch immer von größerem Nutzen, einen Teil der Macht auszuüben, als latentlos beiseite zu liegen und sich völlig ausschalten zu lassen. Wohin eine Gewaltpolitik führe, habe Radbruch deutlich gezeigt. Man solle sich vor Schlagwörtern hüten, wie „V. vor dem Schlagwort „Stinnespartei“. Freilich würden sich die Volksparteier auf die mittlere Linie der Politik der vier Koalitionsparteien einstellen müssen. Es sei eine Schwäche, wenn man befürchte, das volksparteierliche Denken auf die Sozialdemokraten abfärben könnte. Eine schnelle Besserung der Lage des deutschen Volkes könne nicht herbeigeführt werden, da in die ganze Welt verkratzt sei, aber die sozialistischen Ideen würden ihre werbende Kraft behalten.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch sagte u. a.: Die Regierung sei gezwungen gewesen, sich gegen den Hungerkrieg zu wenden, sonst hätten wir diesen Streik überall bekommen, auch bei den nichtpolitischen Gesangenen. Es sei gelungen, die Hungerstreikenden vor Gesundheitschädigungen zu warnen und für die Angehörigen derselben werde gesorgt werden. Lichtbaura sei ein Versuchsballon der Kommunisten gewesen. Als er, Radbruch, die Zeitungs-Dokumente in die Hände bekommen habe, sei er entsetzt gewesen. Da habe er es für seine Pflicht gehalten, sie der Öffentlichkeit bekannt zu geben, um der Arbeiterklasse zu zeigen, wo die wahren Arbeiterverräter stüben. Dadurch habe er die Öffentlichkeit für die Gefangenen interessiert, zumal für die, die schuldlose Opfer dieser Arbeiterverräter geworden seien. Wollen wir, sagte Radbruch, die Verhältnisse festigen, so müssen wir auch den Mut haben, gegen alle Parteigänger, die sie untergraben. Wir müssen nicht nur Gerechtigkeit üben, sondern auch die Kraft der Notwehr anbringen.

Es wurde schließlich einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Aufgabe der Sozialdemokratie in der Regierung des Reiches und der Länder ist die Verhinderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruchs Deutschlands, die Sicherung der Republik und der Demokratie, die laienmäßige Anbahnung des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaues mit dem Ziele der sozialistischen Gesellschaft. An der Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien kann deshalb die sozialdemokratische Partei nur bleiben, so lange ihre Vertreter in diesem Sinne arbeiten können. Die Funktionäre und Betriebsvertrauensleute der S. P. D. haben an ihren Genossen das Vertrauen, daß sie mit aller Kraft an der Durchsetzung dieser Grundzüge arbeiten und ihre Vertreter der Partei zur Verfügung stellen werden, wenn sie hierbei auf unüberwindliche Hindernisse stoßen. Mit steter Empörung haben die Funktionäre aus den veröffentlichten Zeitungsartikeln Kenntnis erhalten von der verbrecherischen Rolle kommunistischer Führer beim mittel-deutschen Putsch.

### Streifmann auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Stuttgart, 1. Dez. Am armen Saale der Niederhalle nahm heute der vierte Parteitag der Deutschen Volkspartei seinen offiziellen Anfang. Der mit Schwarzweißroten, den württembergischen Schwarzroten und den Stuttgarter Schwarzweissen besetzte Saal war überfüllt. Hinter dem Vorstandstische waren die Herren Stremm, Hoffmann und Bennigsen aufgebaut. Nachdem einleitende Danksprüche erfolgt waren, eröffnete Reichstagsabgeordneter Dr. Streifmann als Vorsitzender des Zentralvorstandes, mit hürmlichem Beifall begrüßt, den Parteitag und erklärte: Wir treten zusammen in einer Zeit, in der das Reich und die Weltbevölkerung erneut von außen bedroht sind, in der wir im Innern trotz des erhaltenden nationalen Willens, vielfach eine Perille erleben und unser Volk es bekämpfen müssen. Aber je früher die Zeiten sind, um so mehr richten sich unsere Augen auf das, was uns über der Partei steht und heit über der Partei stehen wird. Ich bitte Sie, den Parteitag zu eröffnen, indem wir rufen: Das Deutsche Reich, Volk und Vaterland, sie leben hoch! Der Parteitag stimmt brandend in das Hoch ein! Auf Vorschlag Dr. Streifmanns wurde dann Geheimrat Rahl, der alle bisherigen Parteitage geleitet hat, auch zum Vorsitzenden dieses Parteitages gewählt.

### Jouhaug' Kritik der französischen Zerstücklungswul.

Berlin, 1. Dez. Der erste stellvertretende Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der französische Sozialistenschreiber Jouhaug, der als Mitglied der von der Internationalen Arbeiterkonferenz gebildeten Kommission zum Studium der industriellen Werte die Studienfahrt durch Deutschland mitgemacht hat, erklärte einem Mitarbeiter der „Voss. Anz.“ über die von der Kommission gewonnenen Eindrücke u. a.: Wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß in allen Werken, die wir besichtigten, die Bestimmungen und Vorschriften des Vertrages loyal und vollkommen erfüllt sind. Nach unserer Ansicht sind die Forderungen der Internationalen Militärkontrollkommission zum mindesten überflüssig.

### Letztlicher Chauvinismus.

(Von unserem Mitarbeiter für Litauen).  
Aus Riga wird uns geschrieben: Das Stadtparlament bildet, daß der lettische Staatspräsident Tschalks beim Empfang des deutschen Gesandten Dr. Wallroth sich der französischen „Diplomatische Sprache“ bedient hat, obwohl er selbst das Deutsche für seine Muttersprache beherrscht und bei dem Empfang der kürzlich in Riga anwesenden finnischen Gäste alle Reden ausschließlich in deutscher Sprache gehalten wurden. Natürlich stießen die Worte des Präsidenten über von Bezeichnungen, wie gern man mit Deutschland enge freundschaftliche Beziehungen anknüpfen möchte. Aber deutsch verhandelt man nicht — es geht doch nichts über den Takt! Der Haß gegen alles Deutsche bleibt nach wie vor Trumpf.

Die neueste Maßnahme ist die Forderung, daß alle Romunaalbeamten, sie mögen schon 20 Jahre oder mehr im Dienste sein, sich einer Prüfung in lettischer Sprache unterziehen müssen, und zwar im Schriftlichen wie im Mündlichen. In Riga haben bei der schriftlichen Prüfung 40 Prozent „befriedigende“ Leistungen aufzuweisen, 30 Prozent fielen durch und 30 Prozent wurden zu einem neuen Examen im Frühjahr begnadigt. So werden im Dienste ergraut, verdientvolle Männer behandelt, nur weil sie nicht Letten sind. Unterdessen wird auch das Groß-reine machen unter den Straßennamen fortgesetzt. Alles, was an die russischen Jaren und verdienstvolle Würdenträger, wie den vortrefflichen Generalgouverneur Sworow, erinnert, wird ebenso unweigerlich ausgemergelt, wie deutsche und altbaltische Namen.

Wirdig reißt sich der Deutschenhege in Lettland die in Estland an: Auf der in Dorpat am 18. November stattgefundenen Konferenz der Sozialdemokraten wurde u. a. beschlossen, in der Frage der Entschädigungsabgabe an die Gutsbesitzer alle Genossen zu verpflichten, alle Kräfte anzuhängen, damit den enteigneten Gutsbesitzern keine Entschädigung gezahlt würde. Betreffend die Rückkehr der „Barone“ lenkte die Konferenz die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Parlaments-Abgeordneten darauf, daß dem „einigen Staat feindliche Gutsbesitzer, die seinerzeit ins Ausland geflohen sind, trotz des Widerstandes der Selbstverwaltungsorgane, zurückgelassen werden, und daß sie infolge der zunehmenden Reaktion (!) äußerst gefährlich für unsere Arbeiterklasse geworden sind, da sie sich an Ort und Stelle fest organisieren“. Kommentare erübrigen sich wohl.

### Eine ausländische Intervention in Portugal?

London, 30. Nov. Wie die „Times“ erfährt, ist die Lage in Portugal sehr ernst geworden. Die bolschewistischen Propaganda verbreiten sich über das ganze Land. Die konservativen und gemäßigten Parteien erklären, sie seien nicht in der Lage, der eritreischen Zerstörung Herr zu werden. Die meisten Gesandten der ausländischen Mächte haben der „Times“ zufolge viele Besuche erhalten, in denen ihr Leben bedroht wird. Nach der „Times“ wird die Frage einer ausländischen Intervention in der Form eines Mandates erüthelt erwogen. Frankreich, Italien und Spanien sollen für die Lösung der augenblicklichen Krise in Frage kommen. (Mitt.)

### Russische Beseitigungen in England.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
London, 1. Dez. Eine englische großindustrielle Firma hat mit der Sowjetregierung einen Vertrag auf den Bau von 1500 Lokomotiven und zehn Dampfmaschinen abgeschlossen.

### Keine Aufhebung der Todesstrafe in Rußland.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Rotterdam, 30. Nov. Heuter meldet aus Moskau: Der Rat der Volksbeauftragten hat die Aufhebung der außerordentlichen Kommission in Rußland zum 1. Januar ungenutzt mit Ausnahme der für gefährdet zu erklärenden Gebiete. Ein Antrag, die Todesstrafe ganz aufzuheben, wurde mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt.

### Die Hungerstreikepidemie greift um sich.

Berlin, 1. Dez. Nach einer Meldung des „Post-Anz.“ aus Wien haben im Wiener Unterungengebiet die beiden südwestlichen Kommunisten, Stawernic und Jektic, die wegen Mißhandlung an dem Belagerten Orient auf den König Alexander verhaftet worden waren, als Demonstration gegen die Nichtbewilligung der von ihnen nachdrücklich Forderung die Nahrungsaufnahme verweigert. Von Belgrad wird die Auslieferung der beiden Kommunisten, die früher Abgeordnete waren, verlangt.

### Landwirtschaftliche Lieferungsverträge.

Berlin, 1. Dez. Wie die Blätter aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft melden, hat das Ministerium die Regierungen der Länder ersucht, in Erzeugergebieten für Kartoffeln Verhandlungen zwischen Landwirtschaft, Handel und Verbrauch einzuleiten zum Zwecke, den unmittelbaren Absatz von Vorkaufsverträgen herbeizuführen. Als Preis soll nach Möglichkeit der in den Erzeugergebieten von den örtlichen Kommissionen ermittelte Angemessenheitspreis zugrundegelegt werden.

### Eingliederung von Vermont in Preußen.

Berlin, 30. Nov. Der Staatsvertrag zwischen Preußen und Waldeck-Vermont über die Eingliederung von Vermont in Preußen und in die Provinz Hannover ist nunmehr in Kraft abgelaufen worden. Für Preußen unterzeichneten Ministerialdirektor Weicker, Geheimrat Finanzrat Madem, Geheimrat Regierungsrat v. Kameke, für Waldeck-Vermont der Landesdirektor Schmieding. (W. T. B.)

### Veragung des preussischen Landtages.

Berlin, 30. Nov. Der Landtag erledigte heute den Etat des Wohlfahrtsministeriums und vertagte sich sodann auf den 6. Dezember. (W. T. B.)